Antwort auf eine Große Anfrage
— Drucksache 11/3815 —

Betr.: Förderung von umweltverträglichen Produktionen, von kleinen und mittleren Betrieben und von Technologiezentren

Wortlaut der Großen Anfrage der Fraktion der Grünen vom 10. 4. 1989

Die Fraktion der Grünen hat bereits im Mai letzten Jahres eine Große Anfrage zum Thema Wirtschaftsförderung eingebracht (Drs 11/2511). Während sich diese erste Große Anfrage auf den traditionellen Kernbereich der Wirtschaftsförderungspolitik und die Reform des zugrundeliegenden Instrumentariums konzentrierte, geht es in dieser Anfrage um drei Bereiche, die — in unterschiedlicher Hinsicht — für die Förderung innovativer Wirtschaftsprozesse von Bedeutung sind.


3. Der Förderung von Forschung und Entwicklung, der Bereitstellung von Informations- und Beratungsleistungen sowie der Unterstützung bei der Vermarktung innovativer Ideen kommt im Rahmen der Wirtschaftsförderungspolitik steigende Bedeutung zu. Bei der qualitativen Ausrichtung der Innovationsförderungs-

Es geht hier zum einen um eine an ökologischen Kriterien ausgerichtete Förderungspolitik, zum anderen jedoch auch um die Umgestaltung des öffentlichen Vergabe- und Beschaffungswesens und den Aufbau eines ökologischen Managements in den Betrieben.

I. Existenzgründungen, Kleine und mittlere Unternehmen, selbstverwaltete Betriebe


2. Wie viel dabei je nach der durchschnittliche Höhe der Fördermittel pro neu geschaffenen Arbeitsplatz aus? Wie verteilten sich die insgesamt in Niedersachsen angekommenen Fördermittel (in der Aufteilung nach Zuschüssen und Darlehen) auf Unternehmensgrößenklassen und auf Branchen?

3. Es gibt Presseberichte, wonach die Bundestag in der Einstellung der Eigenkapitalhilfe für Existenzgründungen plant. Kann die Landesregierung diese Hinweise bestätigen? Wenn ja, wie bewertet sie dieses Vorhaben, und wird sie gegebenenfalls Ersatz schaffen?

4. Bei Bankinstituten laufen verschiedene Kreditprogramme, um Standorte zu sichern, Umweltschutzmaßnahmen zu finanzieren und Existenzgründer mit Risikokapital zu versorgen. Liegen Erkenntnisse darüber vor, in welchem Ausmaß die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in Niedersachsen, insbesondere die Norddeutsche Landesbank, während der zurückliegenden Dekade Umweltschutz-, Existenzgründungs- und Standort sicherungskredite an niedersächsische Unternehmen vergeben haben? Wie sind dabei die rechtlichen Anforderungen an die Kreditnehmer und die Bedingungen gestaltet?


a) Welchen Anteil nehmen Frauen an den Betriebsneugründungen in Niedersachsen während der letzten 5 Jahre ein?

b) Welche Branchenbelegung weisen diese Betriebsgründungen aus?

c) In welchem Umfang haben sie absolut und relativ öffentliche Fördermittel nach verschiedenen Programmen
   — des Bundes,
   — des Landes,
   — der Nord/LB erhalten?

d) Wie interpretiert die Landesregierung dieses Ergebnis und wie gedenkt sie die Partizipation von Frauen an öffentlichen Förderprogrammen zu verbessern?
6. Kann sie Angaben dazu machen, wie sich Umsatz und Beschäftigung in selbstverwalteten Betrieben seit 1980 entwickelt haben?


8. Ist der Landesregierung bewußt, daß die Bereitschaft von selbstverwalteten Betrieben, sich auf Förderprogramme hin zu bewerben, aufgrund der gegebenen Bewilligungskriterien gering ist, und wie bewertet sie die damit gegebene Nicht-Förderung des selbstverwalteten Ökonomiesektors?

9. In der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der FDP betr. „Zehn Jahre Mittelstandsfoerderungsgesetz“ wird ausgeführt, daß Landesbürgschaften zur Absicherung von Bankdarlehen seit 1980 überwiegend an mittelständische Unternehmen gegangen seien (Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 100 Mio. DM). Da Landesbürgschaften jedoch grundsätzlich nur für Kredite ab 500 TDM gewährt werden, stellt sich die Frage nach der damit gegebenen Diskriminierung von Alternativbetrieben, deren Kreditbedarf häufig unterhalb dieses Limits angesiedelt ist. Wie beurteilt die Landesregierung dieses Problem, und ist sie bereit, die Untergrenze für verbürgte Bankdarlehen zwecks Beseitigung dieser Diskriminierung niedriger anzusetzen?


Wie bewertet die Landesregierung die beschriebenen Trends vor dem Hintergrund ihres Mittelstandsprogramms?

II. Gründer- und Technologiezentren

1. Welche Entwicklung nahmen die niedersächsischen Gründer- und Technologiezentren seit 1986
   a) nach der branchenstrukturellen Belegung
   b) nach der Zahl von Arbeitsplätzen in der Verteilung nach dem Geschlecht?

2. Nach welchen Kriterien wurden die Unternehmen ausgewählt, die in den Technologieparks/ -zentren angesiedelt sind? Welche Funktion kommt dabei dem Betrieb der Technologieparks zu?

3. Ging bei den heute bestehenden Technologiezentren die Gründungsinitiative vorrangig von öffentlichen oder privaten Trägern aus? Wie verteilt sich die Trägerschaft auf „privat/öffentlich/mischwirtschaftlich“, und welche Entwicklung ist dabei während der letzten drei Jahre zu registrieren?

\(^1\) Betriebe in Selbstverwaltung werden von den Projektmittlerein nach den Prinzipien demokratischer Selbstverwaltung möglichst gleichberechtigt geführt. Das eingetragene und erwirtschaftete Kapital wird kollektiv verwaltet; Stimmanteile ergeben sich pro Kopf und nicht nach den jeweils gehaltenen Kapitalanteilen.

5. a) Welche Serviceleistungen werden den Unternehmen in den neuen Technologieparks, die während der letzten drei Jahre in Niedersachsen entstanden sind, unentgeltlich angeboten?

b) In welchem Umfang (absolut und relativ) beteiligte sich das Land an den dabei entstandenen Kosten?

c) In welchem Umfang werden die unentgeltlichen und die gebührenpflichtigen angebotenen Serviceleistungen genutzt? (Angabe z. B. der durchschnittlichen wöchentlichen Belegung von Videokonferenzräumen in Stunden)


7. Sind die Mieten in Abhängigkeit von der Dauer des Mietverhältnisses progressiv so gestaffelt, daß nach einem angemessenen Zeitraum das ortsübliche Mietniveau erreicht wird? Wenn ja, nach welcher Belegungsdauer wird das ortsübliche Mietniveau erreicht? Ist dieser Fall bei einzelnen Technologiezentren bereits eingetreten resp. annähernd eingetreten und wenn ja, bei welchen?

8. Analog zu (6) für Infrastrukturlieferungen und Beratungsdienste


III. Förderung der Entwicklung und Vermarktung von Verfahrens- und Produktinnovationen; Förderung von umweltverträglicher Produktion

1. In welchem Umfang und in welche Branchen flossen seit der Auflösung des Modellversuchs zur Förderung technologieorientierter Unternehmen Mittel des Bundesforschungsministeriums an niedersächsische Unternehmen (absolute Höhe und prozentualer Anteil)?

2. Mit welchen Instrumenten und nach welchen inhaltlichen Prioritäten fördert die Landesregierung die Entwicklung und Vermarktung sogenannter innovativer

---


2) Der Begriff Innovation ist offen für beliebige Inhalte. Innovationen können sich auf die Eigenschaften von Produkten, auf technische Produktionsverfahren, die Unternehmensorganisation, die Absatzvorbereitung etc. beziehen. Die nachfolgenden Fragen nehmen eine Begrenzung auf neue Produkte und neue Produktionsverfahren einheitlich der für deren Entwicklung und Markteinführung notwendigen Aktivitäten (FuE, Patente, Lizenzen, Aufbau von Angebotsstrukturen) vor.
Ideen, und von welchen Bewertungen geht sie dabei aus? Welche Bedeutung nehmen dabei die Instrumente Beratung (insbesondere Finanzierungs-, Marketing- und Umweltberatung), Kommunikationsförderung, Bereitstellung von sogenanntem Risikokapital sowie klassische Kapitalhilfen (Grundstücksbereitstellung und Starthilfe) ein? Soweit es sich um geldliche Leistungen handelt: Welches Volumen erreichen diese während der letzten Jahre, und wie verteilen sie sich auf Zuschüsse und Darlehen?

3. Anhand welcher Beurteilungskriterien wird entschieden, ob eine neue Idee (Produktionsverfahren oder Produkt) förderungsfähig ist oder nicht? Welche Rolle spielt dabei die Prüfung des Umweltaспектs? Wer trifft auf welcher Legitimationsbasis diese Entscheidungen?


a) Welcher Anteil der seit 1980 bereitgestellten Landesmittel entfiel p. a. in der Aufschlüsselung nach verschiedenen Programmen auf die Förderung von Maßnahmen und Investitionen im Umweltschutzbereich?

b) Wie verteilen sich diese Mittel absoluth und relativ auf die folgenden Bereiche
   - Energieeinsparmaßnahmen
   - Entwicklung und Markteinführung regenerativer Energien
   - Förderung der Umstellung auf kontrolliert ökologischen Landbau
   - Umwelt schonende Verkehrsmittel
   - Lärmminderung
   - Abfallvermeidung
   - Abfallbeseitigungstechniken
   - Abwasserreinigungstechniken

5. Welcher Anteil an den geförderten innovativen Ideen kommt seit 1984 der Entwicklung und Vermarktung umwelt schonender Produktionsverfahren und Produkte zu, die im Sinne einer integrativen Umweltpolitik zu einer deutlichen Verminderung der Inanspruchnahme von Umweltmedien führen?

6. Wie steht die Landesregierung zu der Förderung, die Entwicklung umweltschonender Produkte und Produktionsverfahren mit besonders günstigen Bedingungen zusätzlicher Förderung?


8. Ist die Landesregierung bereit, derartige Bestrebungen mit Nachdruck zu fördern, und wenn ja, mit welchen Maßnahmen? Ist sie bereit, darauf hinzuwirken, daß öffentliche Unternehmen (Eigenbetriebe, öffentliche Sondervermögen) hier eine Vorreiterrolle übernehmen, und ist sie bereit, in Unternehmen, an denen das Land Niedersachsen beteiligt ist, die Einführung einer Öko-Bilanz vorzuschlagen?

Ist die Landesregierung bereit, das Vergabe- und auch das Beschaffungswesen durch die Erarbeitung neuer bzw. die Überarbeitung bestehender Vergaberichtlinien so umzugestalten, daß umweltfreundlich wirtschaftende Unternehmen und umweltfreundliche Produkte systematisch bevorzugt werden, und zwar auch für den Fall, daß der Eintritt in das umweltfreundlichste Angebot zu Mehrpreisen führt, die mehr als geringfügig über dem wirtschaftlichsten Angebot liegen?

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr


Im übrigen werden bei der öffentlichen Förderung nur Vorhaben im Rahmen der bestehenden Programme berücksichtigt, die die Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der geförderten Betriebe steigern und einen nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg erwarten lassen. Dabei sind die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eigentümer zu berücksichtigen. Die Förderung von selbstverwalteten Betrieben ist damit selbstverständlich möglich.

Die Landesregierung geht davon aus, daß die weltweiten Umwelthprobleme und ein steigendes Umweltbewußtsein bei Verbrauchern, Wirtschaft und Verwaltung nicht nur zu nachträglichen Maßnahmen der Beseitigung von Umweltschäden führen dürfen, sondern auch eine weitreichende Umstellung auf umwelt schonende, energie- und rohstoffsparende Produkte, Verfahren und Systemlösungen geboten ist.

Da davon auszugehen ist, daß insbesondere einzelfallbezogene maßgeschneiderte Anlagen und Verfahrenstechnologien damit verbunden sind, erwartet die Landesregierung

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Große Anfrage im einzelnen wie folgt:

Zu 1. 1 und 2:

1. Eigenkapitalhilfeprogramm

Anzahl der Unternehmen in Niedersachsen, die eine Förderung aus dem Eigenkapitalhilfeprogramm erhalten haben sowie Anteil der Förderung am Investitionsvolumen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Anzahl</th>
<th>Kreditbetrag</th>
<th>Invest.-Summe</th>
<th>Förderanteil (%)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>TDM</td>
<td>TDM</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1983</td>
<td>925</td>
<td>48 611,6</td>
<td>196 626,6</td>
<td>24,7</td>
</tr>
<tr>
<td>1984</td>
<td>1 089</td>
<td>52 983,3</td>
<td>218 615,3</td>
<td>24,2</td>
</tr>
<tr>
<td>1985</td>
<td>1 117</td>
<td>55 141,1</td>
<td>220 278,1</td>
<td>25,0</td>
</tr>
<tr>
<td>1986</td>
<td>1 071</td>
<td>54 892,7</td>
<td>218 088,0</td>
<td>25,2</td>
</tr>
<tr>
<td>1987</td>
<td>964</td>
<td>53 897,8</td>
<td>216 644,0</td>
<td>24,9</td>
</tr>
<tr>
<td>1988</td>
<td>1 023</td>
<td>57 579,8</td>
<td>226 347,0</td>
<td>25,4</td>
</tr>
<tr>
<td>insg.</td>
<td>6 189</td>
<td>323 106,3</td>
<td>1 296 599,0</td>
<td>24,9</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Anzahl der geförderten Arbeitsplätze und Förderbetrag je Arbeitsplatz

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Arbeitsplatz</th>
<th>Kreditbetrag</th>
<th>Betrag je Arbeitsplatz</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>TDM</td>
<td>TDM</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1983</td>
<td>4 550</td>
<td>48 611,6</td>
<td>10,7</td>
</tr>
<tr>
<td>1984</td>
<td>5 310</td>
<td>52 983,3</td>
<td>10,0</td>
</tr>
<tr>
<td>1985</td>
<td>5 347</td>
<td>55 141,1</td>
<td>10,3</td>
</tr>
<tr>
<td>1986</td>
<td>5 374</td>
<td>54 892,7</td>
<td>10,2</td>
</tr>
<tr>
<td>1987</td>
<td>4 631</td>
<td>53 897,8</td>
<td>11,6</td>
</tr>
<tr>
<td>1988</td>
<td>5 236</td>
<td>57 579,8</td>
<td>11,0</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Anteil Niedersachsens am Eigenkapitalhilfeprogramm insgesamt

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>zahlenmäßig</th>
<th>betragsmäßig</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1983</td>
<td>12,2 %</td>
<td>13,2 %</td>
</tr>
<tr>
<td>1984</td>
<td>11,1 %</td>
<td>11,4 %</td>
</tr>
<tr>
<td>1985</td>
<td>11,7 %</td>
<td>11,7 %</td>
</tr>
<tr>
<td>1986</td>
<td>11,5 %</td>
<td>11,4 %</td>
</tr>
<tr>
<td>1987</td>
<td>10,7 %</td>
<td>10,8 %</td>
</tr>
<tr>
<td>1988</td>
<td>11,2 %</td>
<td>11,1 %</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Aufteilung nach Wirtschaftsbereichen

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1983</td>
<td>309</td>
<td>15.614,7</td>
<td>62.668,7</td>
<td>394</td>
<td>19.172,5</td>
</tr>
<tr>
<td>1984</td>
<td>331</td>
<td>15.813,7</td>
<td>61.698,7</td>
<td>478</td>
<td>20.428,5</td>
</tr>
<tr>
<td>1985</td>
<td>331</td>
<td>15.030,5</td>
<td>58.548,5</td>
<td>493</td>
<td>22.057,1</td>
</tr>
<tr>
<td>1986</td>
<td>302</td>
<td>15.184,1</td>
<td>59.107,0</td>
<td>483</td>
<td>26.651,6</td>
</tr>
<tr>
<td>1987</td>
<td>242</td>
<td>12.961,8</td>
<td>52.400,0</td>
<td>452</td>
<td>23.723,1</td>
</tr>
<tr>
<td>1988</td>
<td>256</td>
<td>13.354,0</td>
<td>55.500,0</td>
<td>496</td>
<td>27.944,0</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Anm.: 1.778  88.119,8  347.922,9   2.796  137.777,6  552.738,1   704  48.774,6   203.001,6  517  34.164,0  139.255,8  401  14.251,3  53.680,6
2. FuE-Personalkosten

Zum Zeitpunkt der Beantwortung der Großen Anfrage konnten Zahlen über das
— FuE-Personalkostenzuschussprogramm vom BMWi (Projekträger AIF) und
— Forschungspersonalzuwachsfinanzierungsprogramm vom BMFT
von den Projekträgern nicht vorgelegt werden.

3. ERP-Existenzgründungsprogramm

Anzahl der Unternehmen in Niedersachsen, die eine Förderung aus dem ERP-
Existenzgründungsprogramm erhalten haben sowie Anteil der Förderung am Inve-
stitionsvolumen.

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Anzahl</th>
<th>Kreditbetrag in TDM</th>
<th>Invest.-Summe in TDM</th>
<th>Förderanteil in %</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1983</td>
<td>1520</td>
<td>108 784,6</td>
<td>242 074,6</td>
<td>44,9</td>
</tr>
<tr>
<td>1984</td>
<td>1173</td>
<td>77 111,6</td>
<td>189 636,6</td>
<td>40,7</td>
</tr>
<tr>
<td>1985</td>
<td>885</td>
<td>60 388,3</td>
<td>155 845,3</td>
<td>38,9</td>
</tr>
<tr>
<td>1986</td>
<td>1115</td>
<td>86 644,2</td>
<td>213 392,0</td>
<td>40,6</td>
</tr>
<tr>
<td>1987</td>
<td>888</td>
<td>72 319,2</td>
<td>200 844,0</td>
<td>36,0</td>
</tr>
<tr>
<td>1988</td>
<td>1045</td>
<td>84 008,2</td>
<td>219 994,0</td>
<td>38,2</td>
</tr>
<tr>
<td>insg.</td>
<td>6 620</td>
<td>489 456,1</td>
<td>1 221 786,5</td>
<td>40,1</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Anzahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze sowie Förderbetrag pro Arbeitsplatz

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Arbeitsplätze</th>
<th>Kreditbetrag in TDM</th>
<th>Betrag pro Arbeitsplatz in TDM</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1983</td>
<td>6 069</td>
<td>108 784,6</td>
<td>17,9</td>
</tr>
<tr>
<td>1984</td>
<td>5 375</td>
<td>77 111,6</td>
<td>14,3</td>
</tr>
<tr>
<td>1985</td>
<td>4 554</td>
<td>60 388,3</td>
<td>13,3</td>
</tr>
<tr>
<td>1986</td>
<td>5 428</td>
<td>86 644,2</td>
<td>16,0</td>
</tr>
<tr>
<td>1987</td>
<td>4 623</td>
<td>72 319,2</td>
<td>15,6</td>
</tr>
<tr>
<td>1988</td>
<td>5 403</td>
<td>84 008,2</td>
<td>15,5</td>
</tr>
<tr>
<td>insg.</td>
<td>31 452</td>
<td>489 456,1</td>
<td>15,6</td>
</tr>
</tbody>
</table>
### Aufteilung nach Wirtschaftsbereichen

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>betr.</td>
<td>summe</td>
<td></td>
<td>betr.</td>
<td>summe</td>
<td></td>
<td>betr.</td>
<td>summe</td>
<td></td>
<td>betr.</td>
<td>summe</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>TDM</td>
<td>TDM</td>
<td></td>
<td>TDM</td>
<td>TDM</td>
<td></td>
<td>TDM</td>
<td>TDM</td>
<td></td>
<td>TDM</td>
<td>TDM</td>
</tr>
<tr>
<td>1983</td>
<td>534</td>
<td>37.268,4</td>
<td>81.435,4</td>
<td>644</td>
<td>42.572,3</td>
<td>92.356,3</td>
<td>192</td>
<td>15.188,8</td>
<td>34.911,8</td>
<td>150</td>
<td>13.655,1</td>
<td>32.971,1</td>
</tr>
<tr>
<td>1984</td>
<td>376</td>
<td>23.674,5</td>
<td>56.070,5</td>
<td>535</td>
<td>31.162,5</td>
<td>78.572,5</td>
<td>151</td>
<td>12.742,5</td>
<td>33.215,5</td>
<td>111</td>
<td>9.332,1</td>
<td>22.678,1</td>
</tr>
<tr>
<td>1986</td>
<td>359</td>
<td>27.468,6</td>
<td>62.941,0</td>
<td>527</td>
<td>37.769,7</td>
<td>96.717,0</td>
<td>120</td>
<td>10.358,7</td>
<td>26.322,0</td>
<td>109</td>
<td>11.051,2</td>
<td>27.412,0</td>
</tr>
<tr>
<td>1987</td>
<td>250</td>
<td>18.693,5</td>
<td>52.786,0</td>
<td>419</td>
<td>31.439,4</td>
<td>83.399,0</td>
<td>105</td>
<td>9.113,5</td>
<td>27.485,0</td>
<td>114</td>
<td>13.072,8</td>
<td>37.174,0</td>
</tr>
<tr>
<td>1988</td>
<td>303</td>
<td>22.793,7</td>
<td>59.201,0</td>
<td>519</td>
<td>40.072,5</td>
<td>106.726,0</td>
<td>118</td>
<td>11.645,8</td>
<td>30.475,0</td>
<td>105</td>
<td>9.496,2</td>
<td>23.592,0</td>
</tr>
</tbody>
</table>

insg. 2.090 146.761,2 352.241,4 3.022 206.797,3 518.189,7 816 70.207,6 185.430,6 698 65.690,0 165.924,8
Anteil Niedersachsens am ERP-Existenzgründungsprogramm insgesamt
1983 — 12,0 %
1984 — 9,6 %
1985 — 8,4 %
1986 — 11,7 %
1987 — 10,2 %
1988 — 11,7 %

Zu I. 3:


Zu I. 4:


Weitere Erkenntnisse darüber, in welchem Umfang die Kreditprogramme der Bankinstitute zu den genannten Zwecken eingesetzt werden, liegen der Landesregierung nicht vor.

Zu I. 5:


b) Entfällt entsprechend a).

c) Ob und inwieweit Fördermittel an Betriebe gewährt wurden, die von Frauen geführt, ist nicht erfaßt. Eine entsprechende Unterscheidung wird weder im Bewilligungsverfahren noch im Verwendungsnachweis getroffen.

d) Entfällt entsprechend a) bis c).

Inzwischen liegen aber ein aus Mitteln des Landes gefördertes Forschungsgutachten des Institutes Frau und Gesellschaft zum Thema „Frauen als Unternehmerinnen
und die Charakteristik ihrer Betriebe — eine Untersuchung über den Raum Hannover" vor. Aus dem Gutachten lassen sich die Möglichkeiten einer verbesserten Förderung der beruflichen Selbständigkeit von Frauen ableiten. Als sinnvoll könnte erachtet werden:

— Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit über die bestehenden Beratungsinstitutionen und Förderprogramme.

— Ausbau frauenspezifischer Weiterbildungsmöglichkeiten für Existenzgründerinnen.

Einem verbesserten Beratungsangebot wird bereits durch die vom RKW durchgeführte und vom Land geförderte Seminarrunde für Unternehmerinnen und weibliche Führungskräfte nachgekommen.

Im übrigen verweise ich auf die Ausführungen zu 1.2 des Mittelstandsberichtes 1988.

Zu I. 6:

Nein.

Zu I. 7:


Zu I. 8:

Der Landesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

Weder sind Klagen selbstverwalteter Betriebe an sie herangetragen worden, noch ist irgendein Antrag abgelehnt oder geringer bedient worden, weil der Antragsteller etwa ein selbstverwalteter Betrieb war. Die Förderung von Betrieben erfolgt unabhängig von der Rechtsform und der Trägerschaft der Unternehmen. Insofern ist die Art der Fragestellung eine unbegründete Unterstellung.

Zu I. 9:

Den Fragestellern ist offenbar entgangen, daß die Nordwestdeutsche Bürgschaftsbank GmbH (NBB) als Selbsthilfeeinrichtung der niedersächsischen Wirtschaft Bankkredite bis zu 500 TDM für Investitionen und/oder Betriebsmittel von kleinen und mittleren Unternehmen verbürgt. Zur Sicherstellung werden diese Bürgschaften von Bund und Land rückverbürgt. Damit entsteht keine Diskriminierung bei der Förderung von klei-
nen und mittleren Unternehmen. Die in der Frage enthaltene Aufforderung ist überflüssig, da verwirklicht.

Nach dem Subsidiaritätsprinzip werden Landesbürgschaften in der Regel nur dann übernommen, wenn die Maßnahmen sonst nicht durchgeführt werden können, insbesondere, wenn ausreichende bankmäßige Absicherungsmöglichkeiten nicht bestehen und Bürgschaften von der NBB nicht erreichbar sind.

Im übrigen verweise ich auf die Ausführungen zu 3.2.2 des Mittelstandsberichtes 1988.

Zu I. 10:

Die Volkswagen-AG sieht sich unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit gezwungen, über die Wahrnehmung aller Rationalisierungsmöglichkeiten nachzudenken. Dabei zieht sie die Frage des verstärkten Fremdbezuges mit ein. VW betrachtet die Verringerung der Fertigungsstiefe, also des Abbaues der eigenen Produktionsleistungen, als wesentlichen Schritt zur Verbesserung der Kostenstruktur. Vom Vorstand des Konzerns ist der Auftrag ergangen, die Fertigungsstiefe jährlich um 1 bis 3 % abzubauen. Dabei werden als auslagerungsfähig grundsätzlich alle Tätigkeiten außerhalb der Produktionskernbereiche angesehen.

Ähnliche Tendenzen sind auch bei anderen großen Unternehmen zu beobachten.

In diesem Trend liegt eine große Herausforderung für die niedersächsischen Zuliefererfirmen, die ihre Produktionsverfahren, ihre Qualitätsstandards, ihre Produktionssteuerung und von Fall zu Fall auch ihre Wahl des Produktionsstandorts an die immer anspruchsvoller werdenden Anforderungen der großen Unternehmen anzupassen haben. Dabei geht es in erster Linie um modernste Systeme wie „just in time“, wonach die Bauteile an die Bänder in absoluter Sequenz anzuliefern sind. In der sich hierin äußerlichen Nachfragemacht der großen Unternehmen liegt für kleine und mittlere Unternehmen durchaus die Gefahr, in die völlige Abhängigkeit der großen Unternehmen zu geraten.

Die Landesregierung konnte in Gesprächen mit VW erreichen, daß das Wirtschaftsministerium generell bei solchen „just in time“-Projekten informiert wird, so daß die Möglichkeit besteht, Zuliefererfirmen bei Investitionsvorhaben oder Ansiedlungen mit Hilfe der Mittelstandsförderung behilflich zu sein und ihre Anpassungsflexibilität zu erhöhen.

II.

Im Vergleich zur Situation in den USA, Großbritannien und den Niederlanden rückten in der Bundesrepublik Deutschland mit einiger Zeitverzögerung etwa im Jahre 1982 Innovations- und Gründerzentren in den Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Interesses.

Die Überlegungen zum Aufbau solcher Zentren gehen von folgenden strukturellen und forschungspolitischen Ansätzen aus:


Technologiezentren sind durch folgende Merkmale charakterisiert:

1. Standortgemeinschaft junger, überwiegend neu gegründeter Betriebe und Unternehmen,
   - deren betriebliche Tätigkeit schwergewichtig in der Entwicklung und Vermarktung technologisch neuer Produkte und Verfahren liegt,
   - die einen hohen Beratungsbedarf haben,
   - die in der betrieblichen Anlaufphase häufig einen hohen Kapitalbedarf aufweisen, dem keine ausreichenden Sicherheiten gegenüberstehen.

2. Bereitstellung gemeinsamer Büro- und Service-Einrichtungen.

3. Angebot gemeinschaftlicher Dienstleistungen.


5. Lokale bis regionale Orientierung.

Dies vorausgeschickt beantworte ich die Fragen des Teils II wie folgt:

Zu II. 1a:

Die branchenstrukturelle Belegung der niedersächsischen Technologiezentren ergibt sich aus nachstehender Tabelle:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Branchenleistungen</th>
<th>BB</th>
<th>CLF</th>
<th>HM</th>
<th>HH</th>
<th>NL</th>
<th>ND</th>
<th>OS</th>
<th>Sy</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>allgemein Dienstleistungen</td>
<td>5</td>
<td>-</td>
<td>1</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>2</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anlagenbau/Fertigungstechnik/Me-</td>
<td>-</td>
<td>3</td>
<td>1</td>
<td>4</td>
<td>5</td>
<td>-</td>
<td>3</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>schinenbau/Verfahrenstechnik</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Ausbildung/Schulung</td>
<td>-</td>
<td>1</td>
<td>1</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>1</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>Automations-/Handhabungstechnik/Robotik</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>3</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>Bauten</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>Biotechnologie/Chemie/Medizintechnik</td>
<td>-</td>
<td>1</td>
<td>-</td>
<td>1</td>
<td>4</td>
<td>3</td>
<td>1</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>CAD/CAM</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>Energieotechnik/Umwelttechnik</td>
<td>3</td>
<td>3</td>
<td>-</td>
<td>1</td>
<td>3</td>
<td>3</td>
<td>2</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>Kommunikation/Kommunikationstechnik</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>2</td>
<td>-</td>
<td>1</td>
<td>2</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>Laser-technik/ Optik</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>2</td>
<td>2</td>
<td>1</td>
<td>1</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>Mess-/Prüf-/Regel-/ Steuerungstechnik</td>
<td>5</td>
<td>-</td>
<td>2</td>
<td>1</td>
<td>-</td>
<td>1</td>
<td>1</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>Mikroelektronik Hardware</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>1</td>
<td>6</td>
<td>3</td>
<td>2</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>Mikroelektronik Software</td>
<td>3</td>
<td>2</td>
<td>2</td>
<td>-</td>
<td>7</td>
<td>4</td>
<td>-</td>
<td>4</td>
</tr>
<tr>
<td>Technologische Dienstleistungen</td>
<td>5</td>
<td>5</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>6</td>
<td>2</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>Verkehrstechnik</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>Werkstofftechnik</td>
<td>3</td>
<td>1</td>
<td>1</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>1</td>
<td>1</td>
<td>7</td>
</tr>
<tr>
<td>Summe</td>
<td>27</td>
<td>16</td>
<td>8</td>
<td>9</td>
<td>24</td>
<td>29</td>
<td>17</td>
<td>10</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Kapazität: 27 16 8 9 24 29 17 10 24

Eröffnungstermin: 5.6.86 14.2.86 1.10.85 1.10.85 2.1.85 1.10.84 1.8.85 1.9.85 1.1.85

Quelle: Technologiezentren in der Bundesrepublik Deutschland 1988 (Fiedler/Mödtke)

Zu II. 1b:

In den neun niedersächsischen Technologiezentren bzw. -parks sind derzeit rd. 150 Gründerfirmen tätig.

Die etwa 700 Arbeitsplätze teilen sich weibliche und männliche Arbeitnehmer. Die Anteile weiblicher Arbeitnehmer sind von Firma zu Firma unterschiedlich und schwanken zwischen 10 und 50 %.
Zu II. 2:
Die Kriterien für die Auswahl von Unternehmen, die in den Technologiezentren Aufnahme finden, basieren auf der Zielsetzung, die mit der Gründung dieser Institutionen verfolgt werden:
Grundsätzlich werden daher nur Existenz-/Neugründer aufgenommen, die innovative Produktideen entwickeln und vermarkten oder technologieorientierte Dienstleistungen anbieten wollen.
Die Entscheidung liegt bei der jeweiligen Geschäftsleitung des Technologiezentrums.

Zu II. 3:
Die Gründungsinitiative ging vorrangig von öffentlichen Trägern aus.
Mit Ausnahme der Zentren in Hameln und Osnabrück, die als unselbständige Einheiten der kommunalen Ämter für Wirtschaftsförderung installiert sind, werden die Technologiezentren in der Rechtsform von Gesellschaften mit beschränkter Haftung geführt, deren Mehrheitsgesellschafter in der Regel die jeweiligen Kommunen sind.
In Kürze will sich der Zweckverband Großraum Hannover neben der Landeshauptstadt an der Technologiezentrum Hannover GmbH beteiligen.

Zu II. 4:
Eigenmittel von rd. 18,4 Mio. DM sind von den jeweiligen Kommunen als Träger der Zentren aufgebracht worden.

<table>
<thead>
<tr>
<th>Standort</th>
<th>Investitionen</th>
<th>DM</th>
<th>Fördermittel des Landes (Investitionszuschüsse)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Braunschweig</td>
<td>7 204 000</td>
<td>5 561 500</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Buxtehude</td>
<td>4 075 000</td>
<td>3 113 840</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Clausthal-Z.</td>
<td>2 170 000</td>
<td>1 012 000</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Hameln</td>
<td>850 000</td>
<td>100 000</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Hannover</td>
<td>19 508 000</td>
<td>9 754 000</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Hildesheim</td>
<td>5 525 000</td>
<td>3 914 000</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Nordhorn</td>
<td>3 847 328</td>
<td>2 046 000</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Osnabrück</td>
<td>930 000</td>
<td>465 000</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Syke</td>
<td>3 270 000</td>
<td>2 450 000</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>47 379 328</td>
<td>28 416 340</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Zu II. 5a:
Für die Serviceleistungen werden nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelte Entgelte auf Einzelnachweis oder als Monatspauschale erhoben.

Unentgelte Leistungen werden grundsätzlich nicht erbracht. Einen Überblick über die Kostenstruktur gibt nachfolgende Übersicht:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Mieten</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Büro-</td>
</tr>
<tr>
<td>BS</td>
</tr>
<tr>
<td>Bux</td>
</tr>
<tr>
<td>C-Z</td>
</tr>
<tr>
<td>Hamm</td>
</tr>
<tr>
<td>Hanh</td>
</tr>
<tr>
<td>HI</td>
</tr>
<tr>
<td>Nord</td>
</tr>
<tr>
<td>OS</td>
</tr>
<tr>
<td>Sy</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Technologiezentren in der Bundesrepublik Deutschland 1988 (Fiedler/Wodtke)

In den letzten drei Jahren wurden lediglich noch Zentren in Braunschweig und Buxtehude in Betrieb genommen.

Zu II. 5 b:

Das Land beteiligt sich an den lfd. Betriebskosten nicht und hat dies in seinen Bewilligungsbescheiden ausdrücklich ausgeschlossen.

Zu II. 5 c:

Die Serviceleistungen werden in einem Umfang genutzt, daß durch die hieraus erwirtschafteten Entgelte ein kostendeckender Betrieb der Technologiezentren erreicht wird.

Eine über diese betriebswirtschaftliche Gewinn- und Verlustrechnung hinausgehende statistische Auswertung erfolgt nicht.

Videokonferenzräume sind in den Technologiezentren nicht errichtet worden.

Soweit die Frage auf das Videokonferenzstudio Buxtehude abzielen sollte, wird ange- merkt, daß es sich dort um eine Anlage des Nutzer- und Schulungszentrums handelt. Dieses Zentrum ist räumlich im Technologiepark untergebracht, jedoch nicht über dessen Gründungsinvestitionen gefördert worden.

Zu II. 6:


Angaben über die Betriebsergebnisse der zurückliegenden Jahre liegen mir nicht vor.
<table>
<thead>
<tr>
<th>Betriebsergebnisse</th>
<th>1988</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Buxtehude</td>
<td>150.000 DM</td>
</tr>
<tr>
<td>Braunschweig</td>
<td>178.000 DM</td>
</tr>
<tr>
<td>Clausthal-Z.</td>
<td>10.000 DM</td>
</tr>
<tr>
<td>Hameln</td>
<td>134.530 DM</td>
</tr>
<tr>
<td>Hannover</td>
<td>keine Angaben</td>
</tr>
<tr>
<td>Hildesheim</td>
<td>0</td>
</tr>
<tr>
<td>Nordhorn</td>
<td>425.000 DM</td>
</tr>
<tr>
<td>Osnabrück</td>
<td>170.000 DM einschl. allg. Wirtschaftsf.</td>
</tr>
<tr>
<td>Syke</td>
<td>0</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Zu II. 7:


Nach spätestens fünf Jahren ist das ordnungsmäßige Mietpreis-Niveau in der Regel erreicht.

Nach dieser Anlaufphase, die zugleich die maximale Verweildauer darstellt, sollen die Neugründer einen Entwicklungsstand erreicht haben, der sie in die Lage versetzt, sich „auf eigenen Füßen“ weiter zu etablieren.

Dieser Zeitpunkt ist bisher bei keinem Technologiezentrum eingetreten.

Zu II. 8:

Auf die Antwort zu II. 6 wird verwiesen.

Zu II. 10:

Die niedersächsischen Technologiezentren sind mit rd. 150 Unternehmen voll belegt.


Während der eigentlichen Gründungsphase in den Zentren hat es bisher 21 Insolvenzen gegeben; hierfür gab es unterschiedliche Gründe:

In einigen Fällen zeigte es sich, daß die unternehmerische Qualifikation für eine Firmengründung nicht ausreichend war. Bei anderen Neugründungen ist das erfolgversprechende Unternehmenskonzept daran gescheitert, daß die erforderlichen Mitarbeiter nicht gefunden werden konnten.

Darüber hinaus kam es zu Übernahmen bzw. Beteiligungen durch etablierte Firmen.

Zu III. 1:


Zu III. 2:

3.1.2 Technologietransfer
3.1.3 Umwelt und Mittelstand
3.1.4 Unternehmensberatung
3.1.6 Information und Dokumentation
3.1.7 Forschung und Entwicklung.


Informations- und Beratungsmöglichkeiten über bestehende Umweltauflagen, technische Lösungsmöglichkeiten, Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten und Marktstrategien werden im Rahmen bestehender Unternehmens-Beratungsprogramme für Mittelstand und Handwerk gefördert. Informationen zur Finanzierung und Förderungsmöglichkeiten zum Bereich Marketing werden als integrierte Bestandteile jeder innovativen Umweltberatung gesehen.

Unter Federführung des Bundesumweltministeriums wird zur Förderung der innovativen Umweltberatung z. Z. in Kooperation mit den Ländern eine Informationsbroschüre für mittelständische Unternehmen erstellt, die auch überregionale Informationsmöglichkeiten verbessern soll.

Zur Förderung der Umweltinformation und Umweltberatung und der vorhandenen Kommunikationsstrukturen in diesem Bereich bereitet die Landesregierung z. Z. einen Wegweiser zur Umweltberatung in Niedersachsen vor.


Bereitstellung von Grundstücken ist Sache der Kommunen im Rahmen der Gemeinde- und Selbstverwaltung.

Zu III. 3:

Die Förderungsfähigkeit neuer Ideen für innovative Produkte und Verfahren wird anhand der Fördervoraussetzungen nach der Richtlinie über die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben auf dem Gebiet der Produkt- und Verfahrensinnovation geprüft.

Die Vorhaben müssen
— hinreichend konkretisiert und
— mit Hilfe von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten ein
— verwertbares, neues oder neuartiges Produkt/Verfahren schaffen oder ein solches unter
— Auswertung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen oder Erfahrungen anderer Art zur Marktreife entwickeln und in den Produktionsprozeß einführen.
Die Vorhaben müssen außerdem
— technologisch erfolgversprechend sein und
— mittelfristig einen wirtschaftlichen Nutzen erwarten lassen und
— von wesentlicher volkswirtschaftlicher Bedeutung sein.


Zu III. 4:

a) Die Förderung der Umwelttechnik ist Teil der Projektförderung des Technologieprogramms. Es fällt ein beachtlicher Teil der geförderten Projekte auf Vorhaben, die dem Umweltschutz dienen.

Der Anteil der Fördermittel für Umweltprojekte hat sich seit 1980 wie folgt entwickelt:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Fördermittel der Projektförderung</th>
<th>darunter Fördermittel Umweltprojekte</th>
<th>%</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1980</td>
<td>1,0 Mio. DM</td>
<td>788 000 DM</td>
<td>15,5</td>
</tr>
<tr>
<td>1981</td>
<td>5,1 Mio. DM</td>
<td>507 880 DM</td>
<td>17,5</td>
</tr>
<tr>
<td>1982</td>
<td>2,9 Mio. DM</td>
<td>2066 085 DM</td>
<td>17,8</td>
</tr>
<tr>
<td>1983</td>
<td>11,6 Mio. DM</td>
<td>4924 793 DM</td>
<td>31,4</td>
</tr>
<tr>
<td>1984</td>
<td>15,7 Mio. DM</td>
<td>3667 966 DM</td>
<td>8,9</td>
</tr>
<tr>
<td>1985</td>
<td>41,0 Mio. DM</td>
<td>3551 039 DM</td>
<td>13,9</td>
</tr>
<tr>
<td>1986</td>
<td>25,6 Mio. DM</td>
<td>4723 995 DM</td>
<td>13,4</td>
</tr>
<tr>
<td>1987</td>
<td>35,3 Mio. DM</td>
<td>2799 000 DM</td>
<td>8,0</td>
</tr>
<tr>
<td>1988</td>
<td>34,8 Mio. DM</td>
<td>23 028 738 DM</td>
<td>13,3</td>
</tr>
</tbody>
</table>


b) Die Fördermittel für Umweltprojekte des Technologieprogramms verteilen sich wie folgt:

- Energieeinsparungsmaßnahmen: 1 254 503 DM
- Entwicklung regenerativer Energien: 400 000 DM
- Förderung der Umstellung auf kontrolliert ökologischen Landbau: 1 612 275 DM
umweltschonende Verkehrsmittel
Lärmverminderung 2 116 520 DM
Abfallvermeidung 2 579 000 DM
Abfallbeseitigungstechniken 2 757 648 DM
Abwasserreinigungstechniken 4 629 060 DM
Sonstige Umweltprojekte 7 679 752 DM

Eine Aufteilung von Mitteln aus dem Landesdarlehensprogramm liegt nicht vor.

Zu III. 5:
Angaben über die zur Vorfrage vorgenommene statistische Aufteilung der genannten Programme hinaus liegen nicht vor.

Zu III. 6:
Im Rahmen des Technologieprogramms Niedersachsen werden seit 1980 kleinen und mittleren Unternehmen auf Antrag Landeszuschüsse für die Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren gewährt.

Die Konditionen des Landesdarlehensprogramms sind äußerst günstig und bewegen sich in der Regel weit unter dem Marktzinssatz.

Die Inanspruchnahme von Beratungsdienstleistungen ist in vielen Fällen kostenlos oder nur mit einem geringen Eigenbeitrag versehen.

Eine darüber hinausgehende Verbesserung der Konditionen, auch vor dem Hintergrund der vielfältigen Bundesprogramme, wird z. Z. nicht erwogen.

Im übrigen wird auch hier auf die Ausführungen im Mittelstandsbericht 1988 verwiesen.

Zu III. 7:
Die Landesregierung sieht als Grundvoraussetzung für eine ökologisch-orientierte Unternehmensführung und die Nutzung aller damit verbundenen Marktmöglichkeiten eine systematische und kontinuierliche Erfassung der von Unternehmen ausgehenden Umwelteinflüsse, und soweit wie möglich deren ökologische und ökonomische Bewertung. Dies umfaßt die Vorbereitung der Produkte durch umweltschädliche Vorlieferungen, die Entstehung von Schadensstoffen und Abfällen durch die Produktionen, die Umweltbelastung durch den Produktionsverbrauch und durch die Entsorgung, die negativen ökologischen Effekte durch produktionsspezifische Transportvorgänge sowie den Einsatz von Rohstoffen und Energien im Produktionsverfahren. Gerade mittelständische Unternehmen kennen häufig nicht die von ihnen Unternehmen ausgehenden Umwelteinflüsse und sind oft nicht in der Lage, die einzelnen Produktionsabläufe und Produkte hinsichtlich ihrer Umwelteinflüsse zu erfassen, zu kontrollieren und zu bewerten und sich über die betriebliche Umwelt situation in ausreichendem Maße zu informieren, um dann auch unter Nutzung der Fördermöglichkeiten Alternativen zu entwickeln. Durch exemplarische Entwicklung eines Umwelt-Controllings will die Landesregierung mittelständischen Unternehmen, die ja nicht über eigene Umweltabteilungen verfügen, Hilfestellungen geben, Umwelteinflüsse im eigenen betrieblichen Ablauf systematisch zu erfassen und alternative Lösungen zu entwickeln, insbesondere unter Berücksichtigung innerbetrieblicher Bilanzierungen von Umweltkosten. Im Rahmen einer Studie zu den Anforderungen an ein betriebliches Umwelt-Controlling, die im Auftrage der Niedersächsischen Landesregierung erstellt wurde, haben niedersächsische Unternehmen Interesse an der Entwicklung eines Umwelt-Controllings bekundet. Die Landesregie-

Zu III. 8:


Um die Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft in Niedersachsen weiter zu stärken, soll darüber hinaus die wirtschaftsnah Forschung im Bereich der Umwelttechnologien ausgebaut werden. Zu diesem Zweck plant die Landesregierung die Errichtung eines Landesinstituts für Umwelttechnologie.

Im Rahmen der Strukturförderung sind bis 1993 insgesamt 34 Mio. DM hierfür veranschlagt.

Zu III. 9:


Eine in Nordrhein-Westfalen eingeführte weitergehende Regelung dient nicht der Klarheit und stellt die Beschaffungsstellen vor schwer zu lösende Probleme. In dieser Regelung wird z. B. verlangt, daß die Beschaffungsstellen nicht berechenbare, volkswirtschaftliche Kosteneinsparungen zu berücksichtigen haben. Ferner sollen sie entscheiden, welche Preise in einem tragbaren, auftragsbezogenen Maße über dem eines weni- ger oder nicht umweltfreundlichen Produktes liegen darf, oder nach pflichtgemäßem Ermessen festlegen, in welcher Höhe ein Mehrpreis zulässig ist.

Eine solche Regelung wird von der Landesregierung als nicht praktikabel angesehen.

Hirche

(Ausgegeben am 30. 6. 1989)